

MORNING NEWS

24. August 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	26.136,56	153,52	0,59	25.983,04	DJ 30	53.277,01	517,80	0,98	52.759,21
MDAX	32.110,41	394,88	1,25	31.715,53	NASDAQ	29.308,86	95,70	0,33	29.213,16
TEC DAX	4.067,26	8,58	0,21	4.058,68	Nikkei 225	65.642,33	-374,03	-0,57	66.016,36
Euro Stoxx50	6.462,22	40,16	0,63	6.422,06	Hang Seng	25.465,23	-544,23	-2,09	26.009,46
Bund Future	123,96	0,14	0,11	123,82	Euro / US-\$	1,1682	0,00	0,03	1,1679
Gold in US-\$	4.639,35	36,28	0,79	4.603,07	Öl (Brent) US-\$	93,10	-1,29	-1,37	94,39
Bitcoin / US-\$	76.820,95	-580,56	-0,75	77.401,51	Ethereum / US-\$	2.434,20	-16,03	-0,65	2.450,22

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	26.103	-33
NASDAQ Future	29.300,25	-87,50

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	187,20	-0,92	-0,00	188,12	218,68	1.580.684,00
Nokia OJ	8,74	-0,02	-0,00	8,76	10,21	58.939.384,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
USA	CFNA Index	Juli	14:30	-0,05 (-0,02)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,22 (n/a)	10-jährige Bonds	-0,281	4,73%
Volumen NASDAQ	7,36 (n/a)	30-jährige Bonds	-0,531	5,27%

(/)=Vortag

Nach einer **wechselhaften Handelswoche** haben die **US-Börsen am Freitag im Plus geschlossen**. Auf Wochensicht verbuchten die wichtigsten Indizes jedoch Verluste, da schwankende Anleiherenditen und die unklare Lage im Nahen Osten die Anleger verunsicherten.

Der Dow-Jones-Index der Standardwerte schloss ein Prozent höher auf 53.277 Punkten. Der breiter gefasste S&P 500 rückte um 0,4 Prozent auf 7674 Zähler vor. Der Index der Technologiebörse Nasdaq gewann 0,4 Prozent auf 26.180 Punkte. Auf Wochensicht verlor der Dow knapp 0,9 Prozent, der S&P 500 gab 1,4 Prozent nach und der Nasdaq büßte zwei Prozent ein.

Im Handelsverlauf orientierten sich die Investoren stark an der **Entwicklung der US-Staatsanleihen**, da die Aussicht auf höhere Kreditkosten zeitweise die Risikobereitschaft dämpfte. **Aussagen von US-Finanzminister Scott Bessent** über eine mögliche Ausweitung der Anleiherückkäufe durch die Regierung beruhigten die Märkte jedoch. "Mitte der Woche

befürchteten die Aktienanleger noch, dass die Renditen nur noch den Weg nach oben kennen", sagte Chris Zaccarelli, Anlagechef bei Northlight Asset Management. Nach der Ankündigung des Finanzministeriums seien diese Sorgen in den Hintergrund getreten.

Zusätzlichen Rückenwind lieferten **robuste Konjunkturdaten**. Der US-Dienstleistungssektor verzeichnete im August das stärkste Wachstum seit fast zwei Jahren. Dies glich eine Abschwächung in der Industrie aus, die unter geringerem Lageraufbau und Lieferengpässen infolge des Iran-Krieges leidet. Unterdessen hob die Großbank UBS ihr Jahresendziel für den S&P 500 unter Verweis auf starke Unternehmensgewinne auf 8100 Punkte an.

Neue Inflationssorgen schürte dagegen der **Ölmarkt**. Die Preise stiegen den sechsten Tag in Folge, nachdem US-Präsident Donald Trump den Handelspartnern des Irans mit wirtschaftlichen Sanktionen gedroht hatte. Auf Wochensicht verteuerte sich die Nordseesorte **Brent** um 6,39 Prozent, **US-Leichtöl** legte um 5,66 Prozent zu.

Auf Unternehmensseite standen unter anderem Einzelhändler und Kryptowerte im Fokus. Die Aktien von **Ross Stores** stiegen um 4,4 Prozent, nachdem der Discounter seine Jahresgewinnprognose angehoben und besser als erwartete Quartalszahlen vorgelegt hatte. Ein Kursanstieg der Cyberdevise **Bitcoin** auf den höchsten Stand seit Mitte Mai beflügelte die Aktien von Kryptounternehmen.

Die Papiere der Handelsplattform **Robinhood** sprangen um 13,7 Prozent nach oben. Die Titel der Kryptobörse **Coinbase** gewannen 8,2 Prozent und die des Softwareherstellers **MicroStrategy** legten um sechs Prozent zu. Bei den Branchen im S&P 500 verzeichneten **Rohstoffwerte** mit einem Plus von 2,2 Prozent die stärksten Gewinne. **Versorger** bildeten mit einem Abschlag von 2,3 Prozent das Schlusslicht.

In der neuen Woche richten die Anleger ihr Augenmerk auf die Quartalszahlen des KI-Chip-Spezialisten Nvidia sowie von Softwareunternehmen wie Intuit, Salesforce und CrowdStrike. Zudem stehen wichtige Konjunkturdaten an, darunter der Preisindex für die persönlichen Konsumausgaben (PCE) für Juli. Dieser gilt als bevorzugtes Inflationsmaß der US-Notenbank Fed. Mit Spannung wird auch die Rede von Fed-Chef Kevin Warsh auf dem Notenbanker-Treffen in Jackson Hole am Ende der Woche erwartet.

US Unternehmen

Dem US-Flugzeugbauer **Boeing** drohen ein Streik seiner Ingenieure und Techniker und damit womöglich weitere Verzögerungen bei der Zulassung neuer Maschinen. "Wir haben keine andere Wahl, als unseren Notfallplan umzusetzen", sagte Boeing-Manager Ben Nimmergut, nachdem die rund 17.000 Mitglieder der Gewerkschaft SPEEA am Freitag ein Vertragsangebot abgelehnt und den Weg für einen Streik ab dem 6. Oktober freigemacht hatten. Ein Ausstand würde die Zertifizierung der Modelle 737 Max 10 und 777-9, deren Zulassung sich bereits um mehrere Jahre verzögert hat, weiter zurückwerfen. Grund für die Ablehnung sind der Gewerkschaft zufolge unzureichende Lohnerhöhungen, die die hohe Teuerung in der Region Seattle nicht ausgleichen würden (Reuters).

Tesla ruft in **China** knapp drei Millionen Elektroautos wegen **Sicherheitsproblemen** mit versenkbaren Türgriffen zurück. Hintergrund der Rückrufaktion sind laut Angaben der chinesischen Marktaufsichtsbehörde vom Freitag die mechanischen Notentriegelungsgriffe in einigen Tesla-Modellen, die nicht deutlich genug zu erkennen seien. Medienberichten zufolge handelt es sich um die bisher größte Rückrufaktion eines Autoherstellers in China. Betroffen sind sowohl in China produzierte als auch importierte Tesla-Fahrzeuge (dpa/AFX).

Das auf Künstliche Intelligenz (KI) spezialisierte Start-Up **Hugging Face** prüft einem Medienbericht zufolge einen Verkauf, der das Unternehmen mit 13 Milliarden Dollar oder mehr bewerten könnte. Die in New York ansässige Firma habe eine Bank beauftragt, um das Interesse potenzieller Bieter auszuloten, berichtete das Portal *Business Insider* am Sonntag unter Berufung auf Insider.

Marktmeldungen

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hat einen **verstärkten Fokus auf die Wirtschaft** angekündigt. "In Deutschland geht es um Wachstum und Beschäftigung. Das ist das wichtigste Thema", sagte Merz der *"Bild am Sonntag"*. Vor allem bei den Gesetzgebungsverfahren für die vor der Sommerpause beschlossenen Reformen bei Steuern, Rente, Entbürokratisierung und Digitalisierung müsse es mehr Tempo geben. Sie müssten so schnell wie möglich umgesetzt werden. "Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir das hinbekommen. Es geht um eine schnelle und umfassende Entlastung für die Wirtschaft, gerade auch für Handwerk und Mittelstand. Deswegen reden wir darüber in der Kabinettsklausur. Ich werde das Team auf diese Aufgabe einschwören."

Nach wochenlanger Zwangspause nehmen immer mehr **Rheinfähren** aufgrund gestiegener Pegelstände den Betrieb wieder auf. Nach 29 Tagen Pause im Juli und August fahre man seit Samstagmorgen endlich wieder, sagte einer der Betreiber der Rheinfähre zwischen dem Düsseldorfer Süden und Zons (Dormagen), Jens Jansen, der *Deutschen Presse-Agentur*. Zu den finanziellen Folgen der mehrwöchigen Zwangspause sagte er: "Da wir im Frühjahr und Sommer einen Großteil unserer Einnahmen erzielen, sind die wirtschaftlichen Folgen natürlich erheblich."

Die **AfD** gibt sich vor den **anstehenden Landtagswahlen** siegessicher. "Wir werden in Sachsen-Anhalt die Regierung stellen", sagte Co-Parteichefin Alice Weidel am Sonntag im *ZDF-Sommerinterview*. "Die CDU wird keine einzige Bundestagswahl mehr gewinnen." Die sogenannte Brandmauer - also eine klare Abgrenzung nach rechtsaußen zur AfD - mache die CDU kaputt. "Wir werden auch im Bund regieren." Dann werde die AfD zeigen, was sie könne.

Die **Verhandlungen über ein Handelsabkommen** zwischen den **USA** und **Kanada** sind **gescheitert**. Die US-Regierung kündigte daraufhin Strafzölle in Höhe von 50 Prozent auf bestimmte Importe aus dem Nachbarland an, die in der Nacht zu Samstag in Kraft traten. Die Maßnahmen nach Artikel 338 betreffen kanadische Waren im Wert von rund 20 Milliarden Dollar. Beide Seiten machten sich gegenseitig für das Scheitern der mehrtägigen Gespräche verantwortlich. Kanadas Ministerpräsident Mark Carney setzte die Verhandlungen aus und kündigte Vergeltungsmaßnahmen im gleichen finanziellen Umfang an. Er habe die Unterhändler angewiesen, in die kanadische Hauptstadt Ottawa zurückzukehren, erklärte Carney in einer Stellungnahme. Die von den USA in letzter Minute vorgeschlagenen Bedingungen seien unfair und unwirtschaftlich gewesen. Zudem schürten sie Bedenken bezüglich der Zuverlässigkeit einer Einigung (Reuters).

Mit der Eskalation des **Zollkonflikts** zwischen den **USA** und **Kanada** wächst die **Sorge vor einem Handelskrieg**. Wirtschaftsverbände in beiden Ländern warnen vor schweren ökonomischen Folgen und dringen auf eine Rückkehr an den Verhandlungstisch. Aussagen der US-Regierung machen aber wenig Hoffnung auf eine rasche Lösung des Konflikts (dpa/AFX).

Der **iranische Parlamentspräsident** Mohammed Bagher Ghalibaf hat die **USA** angesichts der von Washington geplanten verschärften **Sanktionen** gegen die Islamische Republik vor einem **Bumerang-Effekt** gewarnt. Auf der Plattform X teilte er einen Comic, der insinuierte, dass der von Washington angekündigte Wirtschaftskrieg die USA selbst treffen werde (dpa/AFX).

Wegen der Blockaden durch den Iran und die USA passieren kaum noch **Frachtschiffe** die für den Energietransport wichtige **Straße von Hormus**. Am Wochenende durchquerten nach vorläufigen Daten des Schifffahrts-Analysten Kpler weniger als 20 Schiffe die Wasserstraße. Die Angaben könnten sich laut Kpler noch verändern, da einige Schiffe ihre Transponder während der Durchfahrt ausgeschaltet haben (Reuters).

Syrien und **Israel** führen nach Angaben der syrischen staatlichen Nachrichtenagentur Sana unter US-Vermittlung **hochrangige Gespräche** in Jordanien. Ziel des Treffens sei es, die Spannungen nach den jüngsten israelischen Angriffen auf syrisches Gebiet abzubauen, meldet die Agentur unter Berufung auf diplomatische Kreise im Außenministerium in Damaskus (Reuters).

Israel droht der **Hamas** mit einer Ausweitung der Angriffe im Gazastreifen. Sollte der Einsatz von Drohnen, Ballons und Drachen aus dem Küstengebiet in Richtung Israel nicht umgehend aufhören, werde man die Militärschläge intensivieren

und Zivilisten auffordern, bestimmte Gebiete zu verlassen, teilt das Büro von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu mit (Reuters).

Bei zwei **israelischen Luftangriffen im Gazastreifen** kommen palästinensischen Angaben zufolge mindestens zwei Menschen ums Leben. Sieben weitere Personen werden demnach verletzt. Unter den Toten ist den Angaben zufolge auch ein vierjähriger Junge. Das israelische Militär teilt mit, es prüfe die beiden Angriffe (Reuters).

Die **Ukraine** hat nach Angaben von Präsident Wolodymyr Selenskyj keine Rolle bei der Zerstörung der **Nord-Stream-Gaspipelines** gespielt und kooperiert bei den Ermittlungen. "Die Ukraine hat sich nie offiziell an Operationen zur Sprengung der Nord-Stream-2-Pipeline beteiligt", sagt er vor Journalisten in Kiew (Reuters).

Eine **Wahl in der Ukraine** während des andauernden Krieges mit Russland würde das Land nach den Worten von **Präsident Wolodymyr Selenskyj** spalten und zerstören. Entsprechende Äußerungen Selenskyjs wurden am Sonntag veröffentlicht. Es war die erste Reaktion des Präsidenten auf die Forderung des entlassenen Verteidigungsministers **Mychajlo Fedorow**, der sich in der vergangenen Woche für eine Abstimmung ausgesprochen hatte (Reuters).

Frankreich hat der **Ukraine** nach Angaben aus Kiew eine **raschere Lieferung militärischer Ausrüstung und Raketen** zugesagt. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj teilte am Samstag mit, er habe fast zwei Stunden mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron telefoniert. Dabei sei es vor allem die ukrainische Luftabwehr gegangen. Macron wolle sich zudem bei Verbündeten für die Lieferung von US-Patriot-Abfangraketen einsetzen. **Russlands Präsident** Wladimir Putin erklärte am Samstag, die Ukraine wolle Russlands Wirtschaft schaden. "Es hat diese Büchse der Pandora selbst geöffnet. Nun gut, dann erwartet eine Reaktion, die auf eure sensibelsten Wirtschaftssektoren abzielt", sagte er im Staatsfernsehen. Putin bekräftigte, Moskau sei offen für Friedensgespräche - aber nur auf Grundlage der "Realitäten vor Ort" und nicht auf der Grundlage von "exotischen Vorschlägen", die von der Ukraine über Vermittler unterbreitet worden seien (Reuters).

Norwegen will die **Ukraine** im Haushaltsjahr 2027 mit weiteren 85 Milliarden Kronen unterstützen. Umgerechnet sind das 7,82 Milliarden Euro. Die Summe entspreche dem Betrag für das Jahr 2026, teilt die Regierung des skandinavischen Landes mit (Reuters).

Der **britische Premierminister** Andy Burnham kündigt vor seinem Antrittsbesuch in der **Ukraine** Unterstützung für die dortige Produktion von **Langstreckenraketen** an. "Die Sicherheit der Ukraine ist unsere Sicherheit", erklärte Burnham. Großbritannien erlaube dem europäischen Raketenhersteller MBDA, geheime Informationen über britische Bauteile des Marschflugkörpers Scalp weiterzugeben, teilt Burnhams Büro mit. Dies solle Frankreich und der Ukraine helfen, lokale Produktionslinien für die Waffe aufzubauen. Burnham wird in Kiew unter anderem mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zusammentreffen und eine Sitzung der sogenannten Koalition der Willigen leiten, einer Gruppe von Unterstützerstaaten der Ukraine (Reuters).

Russland plant nach Einschätzung der Ukraine die **Mobilisierung** von 300.000 weiteren Soldaten nach den Parlamentswahlen im September. Das sagt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj zu Journalisten. Zudem könnte Russland seinen Worten zufolge 2027 Hunderttausende weitere Soldaten einziehen, um den Rest der ostukrainischen Region Donezk zu erobern (Reuters).

Bei einem **ukrainischen Drohnenangriff** auf die russische Region **Orenburg** sind Trümmerteile auf zwei Industrieanlagen gestürzt, darunter ein Lagerhaus des Online-Händlers **Ozon**. Die Luftabwehr habe sechs Drohnen über der Region abgefangen, teilt Gouverneur Jewgeni Solnzew mit. Verletzte gebe es demnach keine. Ozon teilt mit, mehr als 300 Mitarbeiter seien evakuiert und der Betrieb im Logistikzentrum eingestellt worden. Am Samstag war ein Ozon-Zentrum in der Region **Samara** von einer Drohne getroffen worden. Es handelte sich um die erste Attacke auf den zweitgrößten Online-Händler Russlands (Reuters).

In der südrussischen Stadt **Krasnodar** sind nach Angaben des örtlichen Gouverneurs zwei Kinder durch **herabstürzende Drohnenrümmer** ums Leben gekommen. Neun weitere Menschen, darunter sieben Kinder, seien verletzt worden, als die Trümmerteile in der Nacht eine private Kindertagesstätte trafen, teilt Gouverneur Weniamin Kondratjew über den

Kurznachrichtendienst Telegram mit. Zudem stürzten Trümmer auf Wohnhäuser und lösten einen Brand in Lagerhallen aus. Auch in der russischen Region **Dagestan** im Nordkaukasus verursachten herabstürzende Drohnenrümmer einen Brand in Lagerhallen, wie die Nachrichtenagentur Interfax unter Berufung auf regionale Behörden meldet (Reuters).

Neben Russland und China interessiert sich nun auch **Südkorea** für die **alternative Schifffahrtsroute durch die Arktis nach Europa**. Das Containerschiff "PanStar Acro" legte am Samstagabend in der Stadt Busan für eine kommerzielle Testfahrt über die sogenannte Nordostpassage ab, wie das Ministerium für Ozeane und Fischerei mitteilte. Das unter anderem mit Chemieprodukten und Gebrauchtwagen beladene Schiff soll die europäischen Häfen in Felixstowe (Großbritannien), Rotterdam (Niederlande) und Danzig (Polen) anlaufen (dpa/AFX).

Automobile / Zulieferer

VW-Konzernchef Oliver Blume schwört die **Belegschaft** auf **tiefgreifende Einschnitte** ein und fordert angesichts einer globalen Branchenkrise Zusammenhalt. "Auf die nächsten Wochen kommt es an: Alle müssen mitziehen", sagte er der *"Bild am Sonntag"*. "Wir haben den größten Transformationsplan in der Geschichte des Volkswagen-Konzerns aufgesetzt."

Niedersachsens Ministerpräsident fordert **Einfuhrzölle auf chinesische Hybrid-Autos**. Dass diese bisher nur auf reine Stromer erhoben werden, sei eine "Regelungslücke", sagte der SPD-Politiker dem *NDR*. Lies habe dazu auch bereits im Juli einen Brief an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Bundeskanzler Friedrich Merz (beide CDU) und Vizekanzler Lars Klingbeil (SPD) geschickt (dpa/AFX).

Banken

Aus Sicht von **Commerzbank-Aufsichtsratschef** Jens Weidmann sollte der **Bund** vorerst Aktionär bei der Commerzbank bleiben. "Die Beteiligung war Teil einer Rettungsmaßnahme, deshalb sollte sich der Bund perspektivisch zurückziehen", sagte Weidmann der *"Süddeutschen Zeitung"*. "In der aktuellen Phase macht es aber Sinn, dass der Bund weiter Aktionär bleibt, um die Interessen des Standorts Deutschland aktiv zu vertreten", so Weidmann mit Blick auf das Übernahmering mit der italienischen Unicredit.

Commerzbank-Aufsichtsratschef Jens Weidmann hat nach dem Einstieg des italienischen Rivalen Unicredit eine **Überprüfung des deutschen Übernahmerechts** gefordert. Der Großaktionär habe mit einem finanziell unattraktiven Angebot eine Mehrheit erreichen können, ohne den Aktionären eine angemessene Kontrollprämie zu zahlen, sagte Weidmann der *"Süddeutschen Zeitung"* vom Sonntag. Von den rund 73 Prozent der Aktien, die der Unicredit hätten angeboten werden können, seien nur knapp 18 Prozent angedient worden. Davon stammten weniger als drei Prozent von institutionellen und privaten Investoren, während der Rest auf mit Unicredit verbundene Banken entfalle. Dies werfe Fragen auf, die der Gesetzgeber prüfen sollte.

Gesundheitswesen

In einem seiner ersten Schritte hat sich der neue **Bundesgesundheitsminister** Carsten Linnemann gegen die geplanten Einsparungen bei den **Rentenansprüchen pflegender Angehöriger** ausgesprochen. "Ich möchte bei pflegenden Angehörigen, bei der Rente, nicht sparen", sagte der CDU-Politiker der *"Bild am Sonntag"*. Nun gehe es darum, eine Gegenfinanzierung zu finden. Unterstützung bekam er dafür von den gesetzlichen Krankenkassen, der Stiftung Patientenschutz und dem Sozialverband SoVD.

Medien

Die Kurzvideo-Plattform **TikTok** legt Ermittlungen der **US-Behörden** wegen des Sammelns der Daten von Kindern mit einer **Zahlung von 400 Millionen Dollar** bei. Mit dem Vergleich ist kein Schuldeingeständnis verbunden, wie das US-Justizministerium mitteilte. Das Ministerium verwies unter anderem auf den Eigentümerwechsel im US-Geschäft von TikTok sowie eine Überholung der Datenschutz-Praxis (dpa/AFX).

Öl & Gas

Angesichts hoher **Spritpreise** an den Tankstellen unternimmt **Finanzminister** Lars Klingbeil (SPD) mit fünf europäischen Kollegen einen neuen Vorstoß für eine **Übergewinnsteuer**. Sie machen sich in einem Brief an die irische EU-Ratspräsidentschaft stark für eine solche Abgabe auf europäischer Ebene, die Mineralölfirmen auf kräftig gestiegene Profite wegen des Iran-Kriegs zahlen sollen (dpa/AFX).

Der **Iran** hat nach offiziellen Angaben im Süden der **Provinz Fars** ein **neues Erdgasfeld** mit Reserven von mehr als 212 Milliarden Kubikmetern entdeckt. Ausgehend von Schätzungen ließen sich voraussichtlich rund 161 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus dem Feld gewinnen, zitierten Staatsmedien am Sonntag Ölminister Mohsen Paknedschad. Da es sich um Süßgas handele, fielen zudem die Erschließungs- und Betriebskosten geringer aus. Süßgas enthält keinen oder nur wenig Schwefelwasserstoff und ist damit leichter zu verarbeiten (Reuters).

Der **Iran** hat mehreren **irakischen Öltankern** die Durchfahrt durch die strategisch wichtige **Straße von Hormus** erlaubt. Wie die staatliche iranische Nachrichtenagentur IRNA am Samstag meldete, ging der Entscheidung eine Reihe von Bitten aus Bagdad voraus. Die Sondergenehmigung sei eine der Hauptforderungen des Irak bei einem Besuch des iranischen Parlamentspräsidenten Mohammad Bagher Ghalibaf gewesen. Der irakische Präsident Nisar Amedi erklärte am Samstag auf einer Konferenz in Bagdad, der Iran habe die Passage von Schiffen mit irakischem Öl in den vergangenen Tagen erleichtert. Die Angelegenheit bleibe jedoch kompliziert (Reuters).

Sonstige

Der chinesische Online-Riese **Alibaba** will sich über die **Ausgabe neuer Aktien** frisches Geld in Milliardenhöhe beschaffen. Wie der Konzern am Sonntag mitteilte, sollen durch den Verkauf neuer Anteilscheine an der Börse in Hongkong insgesamt 80 Milliarden Hongkong-Dollar (rund 8,73 Milliarden Euro) eingenommen werden. Dem Unternehmen zufolge handelt es sich um die größte Kapitalerhöhung eines bereits an der Börse gelisteten Unternehmens in Hongkong überhaupt (Reuters).

Technologie

Enttäuschende Renditepläne haben die Aktien von **Samsung Electronics** am Montag auf Talfahrt geschickt. Die Papiere des südkoreanischen Chipherstellers fielen im frühen Handel um acht Prozent. Das Unternehmen hatte in der vergangenen Woche angekündigt, in diesem Jahr zwischen 90 und 110 Billionen Won (bis zu 79,4 Milliarden Dollar) an seine Aktionäre zurückzugeben. Dies sei mehr als fünfmal so viel wie der bisherige Höchstwert von 20,3 Billionen Won im Jahr 2020, teilte Samsung am Freitag mit. Im dritten Quartal seien zudem Bardividenden in Höhe von 30 Billionen Won geplant. Analysten zufolge sind die in Aussicht gestellten Summen geringer als erwartet ausgefallen. Zudem fehlten Details zu geplanten Aktienrückkäufen. Im Gegensatz zum Konkurrenten SK Hynix habe Samsung weder eine Ausweitung der bestehenden Ausschüttungspolitik noch die Einziehung eigener Aktien angekündigt, erklärte Analyst Sohn In-joon von Eugene Securities. Letzteres hätte direkter zu einem Kursanstieg beitragen können. Die Aktien von **SK Hynix** legten um 0,4 Prozent zu, während der südkoreanische Leitindex **Kospi** um 1,5 Prozent nachgab (Reuters).



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

